

Warum will der Elefant zum Tiger werden?

- Wirtschaftsreformen in Indien: warum und für wen? -

von Marcus Lindemann

Der riesige Elefant Indien, der bislang langsam und vorsichtig mit einer jährlichen Wachstumsrate von ungefähr 3,5 Prozent wuchs, möchte seit 1991 nicht nur schneller wachsen, sondern gar zum Tiger mutieren, es den boomenden südostasiatischen Ökonomien nachmachen. Mehr als vier Jahrzehnte lang haben die Inder zuvor dem starken, trittsicheren, bedeutungsvoll dahinf schreitenden Elefanten den Vorzug gegeben.

Die indischen Unternehmer sehen sich zunehmend heimischer und ausländischer Konkurrenz ausgesetzt, Arbeiter der Staatsbetriebe fürchten um ihre Jobs, Bürokraten sehen ihre Macht und Extraeinkommen reduziert, Bauern fürchten um Subventionen, die Massen leiden unter massiver Inflation und Nationalisten fürchten um den Ausverkauf des Landes an McDonalds und Kelloggs. Von dem staatssozialistischen Indien Nehrus und dem "Swadeshi" M.K. Gandhis scheint nicht mehr viel übrig zu bleiben. Folgen einer Politik, die so anscheinend niemand gewollt haben kann und dennoch findet sie statt. All das ist um so erstaunlicher, da (zumindest potentiell) diejenigen verlieren, denen bislang die Macht in Indien zugerechnet wurde: Großunternehmer/Industrielle, Großbauern und Bürokraten. Noch freilich wurde keinem Arbeiter in einem Staatsbetrieb gekündigt, noch hat die Bürokratie eine enorme Macht, noch gibt es Subventionen für die Bauern: in vielen Bereichen ist der Tiger bislang ein Papiertiger geblieben. Nichtsdestotrotz, die Veränderungen in der indischen Wirtschaft sind enorm, ohne daß bislang klar ist, warum es zu den Reformen gekommen ist.

Unzureichende Erklärungen: IMF und Zahlungsbilanzkrise

Die einfachste Erklärung ist die Allmacht des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (IBRD), die nun auch Indien auf den marktwirtschaftlichen Weg gebracht habe - eine Erklärung, die unter indischen Linken unbestritten ist, ja manchmal von der Regierung selbst gegeben wird. Doch dieser Hau-Ruck-Ansatz (in der Tradition berechtigter Kritik an den Bretton Woods-Institutionen) läßt zu viele Fragen offen: Als Premierminister Rao und Finanzminister Singh die Regierungsgeschäfte übernahmen, waren sie bereits gezwungen, das Budgetdefizit auf sechs Prozent des Bruttosozialproduktes zu reduzieren. Diese Zusage an den IMF war ein Erbe der 'National Front' Regierung, die im Frühjahr 1991 einen Standby-Kredit erhalten hatte, um die wegen des Golfkrieges gestiegene Öl-

rechnung Indiens bezahlen zu können. Weitere Zugeständnisse waren nicht nötig.

Die Liberalisierung der indischen Volkswirtschaft wurde am 24. Juli 1991 verkündet und ist weitgehender als alle bisherigen Reformen im Wirtschaftssystem Indiens. Zwar wurde im Anschluß (am 31. Oktober 1991) dann ein weiterer Standby-Kredit (2,4 Milliarden US-\$) aufgenommen, dieser wurde aber nur zur Hälfte in Anspruch genommen und wurde im folgenden halben Jahr bereits zurückgezahlt. Es fällt schwer zu argumentieren, daß Indien für einen Kredit, der weder voll benötigt wurde, noch die bisherigen Kredite des IMF übertraf, derart weitreichende Bedingungen unfreiwillig eingegangen sein soll. Frühere Kredite haben weder Indira Gandhi noch die 'National Front' Regierung zu einer Liberalisierung der indischen Volkswirtschaft bewegen können. Das Bretton-Woods-Regime ist bereits seit Anfang der 80er Jahre auf den Kanon neo-liberaler Wirtschaftspolitik festgelegt (sog. Washington-Konsens) und kann somit keine hinreichende Bedingung für eine Wirtschaftsreform Anfang der 90er Jahre sein. Druck aus Washington und vor allem Unterstützung aus Washington ist bestenfalls eine notwendige Bedingung der Reformen gewesen - was aber bezweifelt werden dürfte, wenn man die 91er Reformen mit denen Mitte der 80er Jahre (unter Rajiv Gandhi) vergleicht, als der IMF seine Berater nicht im Spiel hatte. Zudem muß die Akzeptanz weiterer Teile des Washington Konsenses nicht heißen, daß das neue Wirtschaftsprogramm von Washington aus diktiert wurde, es ist zumindest ebenso wahrscheinlich, daß sowohl die indische Wirtschaftspolitik als auch die Policy-Empfehlungen des IMF von einem dritten Faktor geprägt wurden: den Erfahrungen mit Entwicklungsstrategien in den vorangegangenen Dekaden. Es ist unzureichend, die "neo-liberale Gegenrevolution" als vom IMF eingeleitet zu sehen, richtiger ist, daß sie möglicherweise ohne den IMF nicht die gleiche Prominenz erreicht hätte (ein ausschlaggebender Einfluß von IMF/IBRD auf die Wirtschaftspolitik Indiens wird von einer Reihe von Politikern bezweifelt: Kohli,

Pedersen, Bardhan). Kritisiert werden kann und muß allerdings, daß der IMF einseitig marktwirtschaftliche, außenhandelsorientierte Reformen institutionell begünstigt, was aufgrund seiner Monopolstellung und Bedeutung für das Verhalten der Privatbanken prekär ist und für Länder ohne hinreichende Binnenkreditmärkte (insbesondere in Afrika, aber gerade nicht für Indien) zum de facto Zwang werden kann (der oft behauptete Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Exporten, auf dem Weltbank und IMF ihre "Rezepte" aufbauen, basiert weniger auf halbwegs plausiblen Argumenten denn auf äußerst fragwürdigen statistischen Korrelationen).

Was die Außenhandelspolitik angeht, ist Finanzminister Manmohan Singh zu dem seinen eigenen, vom IMF unabhängigen Weg gegangen: Trotz massiver Einfuhrzollreduzierungen und anders lautender Darstellungen gehört Indien immer noch zu den Ländern mit den weltweit höchsten Zöllen. So soll sich die indische Wirtschaft im Schutz hoher Zollmauern auf den weltweiten Wettbewerb vorbereiten. Der dänische Politologe Pedersen weist darauf hin, daß Indien in einigen Politikfeldern nicht dem Standardrezept des IMF gefolgt ist und in anderen Verhandlungen mit dem IMF (Mitte der 60 Jahre und 1981) stets nur Politiken akzeptiert hat, für die es in Indien schon eine politische Basis gab. Er beschreibt den Einfluß des IMF in den Reformen 1991 als "leaning against open doors" (im Gegensatz zu der oft behaupteten "one-sided imposition").

Vor einer Bewertung der politischen Faktoren, die zu den Reformen 1991 geführt haben, muß noch die zweite oft angeführte Erklärung in ihrer Bedeutung abgewertet werden: Die Reform als Resultat der wirtschaftlichen Krise. Indiens Devisenbestände waren im Sommer 1991 auf ein Minimum zurückgegangen, die Goldbestände Indiens mußten bei Auslandsbanken hinterlegt werden - ein hoch symbolischer Akt.

Es wird oft vergessen, daß diese Zahlungsbilanzkrise im wesentlichen exogen verursacht wurde (Golfkrieg und Exporteinbruch durch Zerfall der UdSSR) und kaum als ein Resultat verfehlter indischer Wirtschaftspolitik gesehen werden kann. Die Krise hat keines der beiden zentralen wirtschaftlichen Probleme Indiens zum Ausdruck gebracht: das Budgetdefizit und das schleichende Wachstum. Im Vergleich zu den lateinamerikanischen Entwicklungsökonomien ging es Indien nach wie vor gut, weder Hyper-Inflation noch Schuldenkrise plagten das Land. Generell fällt es schwer, mit einem kurzfristigen Faktor wie einer Krise nicht nur die Initiierung, sondern auch die Fortsetzung der Re-

formen zu begründen. Die Zahlungsbilanzkrise 1991 mag bedeutend für das Timing der Reformen gewesen sein, kann aber nicht von einem weiteren Faktor getrennt werden, mit dem es zeitlich zusammen fiel: dem Antritt der neuen Regierung. Für viele Demokratien ist die Existenz politischer Zyklen aufgezeigt worden, in denen die Durchsetzung großer und unpopulärer Projekte in die erste Hälfte der Legislaturperiode gelegt wird und in der restlichen Zeit dann wieder versucht wird, die Stimmen der Wähler zurückzugewinnen und die Effekte unpopulärer Politiken vergessen zu machen. Auch in Indien scheint es (zumindest seit Anfang der 80er Jahre) solche Zyklen zu geben, die noch dadurch verstärkt wurden, daß übermäßig viele Regionalwahlen in die zweite Hälfte der Legislaturperiode fallen.

Warum sind die Erklärungen Krise und "indirect rule" aus Washington so prominent? Die Krise ist eine naheliegende Erklärung, da Ursache und Wirkung zeitlich nahe zusammenliegen und die Krise der Reform zeitlich voranging. Die Regierung ihrerseits nahm die Krise als Anlaß, Reformen einzuleiten, die wohl schon vorbereitet in den Schubladen des Finanzministeriums lagen, aber nur bedingt als Antwort auf die Krise gesehen werden können. Nach den ersten Monaten der Reform als sich die indische Zahlungsbilanz erholte, mußte eine neue Rechtfertigung für die Reformen gefunden werden. Die Verantwortung wurde rhetorisch an den IMF abgegeben, war der doch ohnehin weltweit schon Sündenbock für die Folgen von Stabilitätspolitik und gekürzten Sozialtats. In einem größeren Zusammenhang ist oft argumentiert worden, daß selbst IMF-induzierte Reformen nur dann mittel- und langfristig durchgehalten werden, wenn sie im Land ausreichende Unterstützung finden.

Für oder gegen "big business"?

Wenn ad hoc-Faktoren die Einleitung des wohl bedeutendsten Wandels in Indiens Wirtschaftssystem nicht erklären können, was waren dann die Faktoren, die zu den Reformen geführt

haben? Die Reformen seit 1991 sind genuin auf Entscheidungen und Interessen in Indien zurückzuführen, ebenso wie die Reformen 1985. Hier ist zunächst ein Paradox zu beobachten: Die Reformen 1985 scheiterten nicht an ihrer Halbherzigkeit, sondern an Widerständen innerhalb der 'Congress'-Partei, dem pro-business Image Gandhis und vor allem dem Widerstand der indischen Unternehmer. Die Reformen 1991, die große Teile der aufgegebenen Reformen enthalten, ansonsten aber weit über diese hinausgehen, werden nun als vorteilhaft für indische Unternehmer, insbesondere die Großindustriellen (big business) gesehen. Sind das die gleichen Unternehmer, die nur ein paar Jahre zuvor die Reformen zu Fall brachten?

Rajiv Gandhis Reformen wurden von Unternehmern zunächst begrüßt, weil sie Exporte erleichterten ohne für mehr Wettbewerb in Indien zu sorgen, Subventionen und Lizenzen wurden nicht angerührt. Die Liberalisierung der Außenwirtschaft konzentrierte sich mehr auf Ex- als auf Importe, mit ebenso geringen Folgen für die Wettbewerbsanforderungen in Indien. Daß Rajiv Gandhi dann unter anderem am Widerstand des big business scheiterte, läßt sich mit der massiven Steuerverfolgung erklären: Rajiv Gandhi und sein Finanzminister V.P. Singh versuchten die Steuern einzutreiben, die dem Staat de jure schon lange zustanden. Die Steuer-



We shouldn't encourage big industries—that's our policy, I know. But, I say, we shouldn't encourage small industries either. If we do they are bound to become big...!

(aus: 'National Herald', Delhi)

fahnder gingen dabei recht aggressiv vor und viele Industrielle mögen das als einseitigen Bruch der Koalition der herrschenden Klassen betrachten haben.

Der Rückzug Rajiv Gandhis erfolgte dann nach einigen regionalen Wahlschlappen 1987, die Steuerfahndung wurde gezähmt, die Armutprogramme aufgestockt und die alte sozialistische Rhetorik wieder verwendet - alles mit Blick auf die nächsten Wahlen - doch Rajiv Gandhi war drauf und dran zu verlieren, denn das ihm einmal angesteckte "pro business"-Image konnte er nicht abschütteln, paßte es doch so gut zu dem Piloten, der in England studiert hatte und sich von Technokraten (u.a. dem heutigen Finanzminister Manmohan Singh) beraten ließ.

Die Interessen der indischen Industriellen können nicht als einheitlich betrachtet werden. Im folgenden sollen zwei idealtypische Gruppen und ihre Interessen pro/contra Liberalisierung dargestellt werden. Dies ist eine übermäßige Vereinfachung der komplexen Strukturen und Interessenverflechtungen, ist aber hilfreich, um eine neue und gültigere Erklärung der Reformen zu veranschaulichen. Die Interessen der traditionellen indischen big business-Häuser unterscheiden sich deutlich von denen der jüngeren kleinen bis mittelgroßen Unternehmen, die oft mit hohem Technologieaufwand produzieren (es ist richtig, daß auch einige der großen Unternehmen in neue Technologien investiert haben, dies bleibt aber hier unberücksichtigt, da die genauen strukturellen Interessen der Unternehmen mit Hinblick auf die Reformen noch wenig untersucht sind).

Es ist unbestritten, daß die indischen Industriellen vom "licence-permit-quota-raj" in Indien profitiert haben. Die Industrie war kaum, wie heute gerne argumentiert wird, vom Staat eingeengt - schlechtgehende Unternehmen konnten an den Staat abgegeben werden und Lizenzen für bereits erfolgte Erweiterungen der eigenen Geschäfte wurden oft im Nachhinein ausgestellt. Die Eingriffe des Staates sicherten den Unternehmen Marktsegmente, in denen sie kaum einer Konkurrenz ausgesetzt waren. So konnten Gewinne erzielt werden, die unter Konkurrenzbedingungen nicht möglich gewesen wären. Diese Extragewinne werden als Renten bezeichnet und das Bemühen der Unternehmen um diese Renten (bzw. die nötigen Lizenzen, Genehmigungen und Quoten) als "rent-seeking".

Anne O. Krueger hat bereits 1974 (rückblickend für das Jahr 1964) überschlagen, daß Indiens Bürokraten und Unternehmer (zusätzlich zu ihren Gehältern und Kapitalrenditen) mindestens 7,3 Prozent des Volkseinkommens unter

sich aufgeteilt haben: durch das Verschachern von Importlizenzen, abgezwungene Staatsinvestitionen, subventionierte Preise, verbilligte Kredite und "Extra"-Gebühren bei Eisenbahntransporten (viele andere Quellen hat Krueger aus Mangel an Daten nicht einmal berücksichtigt). 7,3 Prozent des Volkseinkommens! Dabei ist ebenso wenig eingerechnet, was ausgegeben wurde, um die begehrten Lizenzen, Subventionen und Kredite zu erhalten (lobbying, Bakschisch). In der public choice Literatur geht man davon aus, daß diese Kosten für lobbying und rent-seeking potentiell fast die Höhe der genannten Renten erreichen. Nicht nur, daß die Inder der herrschenden Klassen zu ihren Gunsten mit Hilfe des Staates Gelder umverteilt haben, sie haben auch Gelder für unproduktive Tätigkeiten verschwendet. Das Ausmaß dieser Aktivitäten in Indien hat es nicht nur unmöglich gemacht, einen Überblick darüber zu gewinnen, schlimmer noch: viele Inder haben auch noch geglaubt, von diesem System zu profitieren! So zum Beispiel fürchten viele Bauern den Wegfall der Düngersubventionen (eigene Interviews mit Bauern in Haryana) als eine Folge der Liberalisierungspolitik. Ein Wegfall der Subventionen (rund 1,9 Milliarden US-\$) würde in der Tat den Preis für Dünger erhöhen; würden die indischen Bauern ihren Dünger aber auf dem Weltmarkt kaufen, so würden sie 10 bis 25 Prozent des (subventionierten!) Preises sparen. Mit anderen Worten: bislang wurden nicht die indischen Bauern, sondern die indischen Düngerproduzenten subventioniert. So erklärt sich auch, daß es mittlerweile Interessengruppen indischer Farmer gibt, die sich für mehr Liberalisierung und weniger Staatseingriffe einsetzen.

Diese engen Verbindungen zwischen Wirtschaft, Bürokratie und Politik haben sich auch auf die politische Kultur Indiens ausgewirkt. Die indischen "vote banks" sind ein Prototyp "moderner" Patronage-Politik. Wahlkämpfe in Indien sind teuer, nicht wegen des Werbeaufwandes, sondern weil Stimmen gekauft werden müssen, die Stimmen eines Slums gibt es gegen eine neue Strom- oder Wasserleitung, eine neue Straße sichert die Stimmen eines Dorfes. Überall profitieren broker (Mittelsmänner) davon, gegen Geld Stimmen zu organisieren. Nicht gerade das was man hierzulande unter Demokratie versteht.

Wie wurde das Geld dafür (schätzungsweise 761 Millionen US-\$) aufgetrieben? Die Verwendung der oben genannten Renteneinkommen ist mehr als naheliegend! Insofern ist es geradezu ironisch, daß die "Wahlmüdigkeit" (besser: die leeren Kassen der Politiker) die Minderheits-Regierung Rao 1991 vor



Remember the old economic order? I don't know why nobody protested against that then.

(aus: 'Times of India', Delhi)

raschen Neuwahlen verschont hat.

Nun aber zurück zu den Interessen der indischen Industriellen: Während die Großunternehmer vom existierenden Wirtschaftssystem profitierten und eng mit der Bürokratie verbunden waren, entstanden spätestens seit Anfang der 80er Jahre mehr und mehr mittelgroße Unternehmen, die im eingespielten rent-seeking System Außenseiter waren, sich aber in neuen Industriezweigen (Elektronik, insbesondere Computerhardware und Software) etablieren konnten. Diese Unternehmen wurden durch die vorsichtigen Liberalisierungsschritte der 'Janata' Regierung und Indira Gandhis gefördert, wenn nicht sogar maßgeblich ins Leben gerufen. Für diese "neuen" Unternehmer ("tie-wallahs" im Gegensatz zu den alteingesessenen "dhoti-wallahs"), viele davon mit einer betriebswirtschaftlichen Ausbildung im Ausland, war es nötig, technisches know how und Kapital aus dem Ausland zu bekommen und gerade beim Absatz für HighTech Produkte und Software mit ausländischen Firmen kooperieren zu können. Diese Interessen wirkten teilweise wie ein sich selbstverstärkender Druck für weitere Liberalisierungsschritte.

Diese unterschiedlichen Interessen innerhalb der indischen Industriellen führten dann nach den Reformen Rajiv Gandhis zu einer Spaltung der indischen Industrie-Interessenvertretung, der 'Federation of Indian Chambers of Industry and Commerce' (FICCI). Einige der neuen aufstrebenden Unternehmer verließen FICCI, schlossen sich später der 'Association of Indian Engineering Industry' (AIEI) an, die sich dann zweimal

umbenannte: 1986 in 'Confederation of Engineering Industry' (CEI) und 1992 in 'Confederation of Indian Industry' (CII). CII setzt sich massiv für eine Globalisierung der indischen Wirtschaft ein. Auch wenn derzeit noch nicht aufgezeigt werden kann, ob und wie CII an Einfluß gewonnen hat, während FICCI an Bedeutung verlor bzw. nun ebenfalls für eine Liberalisierung eintritt, scheint doch eine Interpretation zumindest plausibel: Die neuen Unternehmer waren während der Implementierung im Gegensatz zu FICCI kaum organisiert und verfügten nicht über die nötigen Kanäle zu Indiens Politikern. So konnte FICCI nach 1985 die Reformen Rajiv Gandhis ausbremsen. Bis 1991 wäre es dann AIEI (bzw. CEI) möglich geworden, die Interessen ihrer Mitglieder zu organisieren und zu artikulieren.

Ausblick: Der Monsun, die Reformen und die 'Congress-Party'

Mittlerweile, nach knapp vier Jahren Liberalisierungspolitik, können die Reformen zumindest im Kern als unumkehrbar betrachtet werden, nach Angaben Manmohan Singhs haben die anderen indischen Parteien sogar vor der Initiierung der Reformen ihre Zustimmung gegeben. Selbst die kommunistische Regierung in Westbengalen wirbt jetzt um die Ansiedlung internationalen Kapitals und es darf bezweifelt werden, ob die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) - trotz ihrer Kritik an der Liberalisierung des Außenhandels - die Reformen rückgängig machen würde. Immerhin wächst Indiens Wirtschaft bereits mit knapp fünf Prozent und in einigen Sektoren (Exporte, insbesondere Investitionsgüter) mit zweistelligen Raten. Die Inflation, die 1991 zweistellig war, liegt nun bei rund 8,5 Prozent und ist im Trend leicht rückläufig. Ein Kurswechsel, der das Wirtschaftswachstum gefährdet, dürfte der BJP zu riskant sein; denn selbst mit Hindu-Nationalismus läßt sich schlecht eine schlechtere wirtschaftliche Lage wegdebattieren. Wegen der nach wie vor großen Bedeutung der Landwirtschaft, hängt das Wirtschaftswachstum maßgeblich von der Stärke des Monsuns ab. Der nat die Regierung Rao bislang schon kräftig unterstützt.

Ob jedoch bis zu den nächsten Wahlen zur Lokh Sabha die Früchte der Reformen die Wähler gnädig stimmen, muß bezweifelt werden. Manmohan Singh hat in einem Interview gesagt, man brauche 20 Jahre ein Wachstum von sechs bis sieben Prozent, bevor die Reformen auch die armen Massen Indiens erreichen. Der schlimmste Effekt für die Armen Indiens war die, auch ohne Berücksichtigung der gekürzten Subventionen, hohe Inflationsrate, die die Armen (wie

in jedem Land) härter trifft als die Reichen und die Menschen auf dem Land mehr leiden läßt als die Stadtbewohner. Die Reformen haben in den Metropolen eine neue Migrationsform entstehen lassen: Viele Inder mußten ihre Wohnungen aufgeben und zogen aus den Zentren in die Slums (eigene Interviews mit Sozialarbeitern in Delhi).

Indes wird der Zerfall des 'Congress'-Systems weitergehen, hatte die Partei es doch in den letzten Wahlen nur mit Hilfe des Beileidsbonus für die Attentate auf Indira und Rajiv Gandhi und der Angst vor dem Chaos in einem post-'Congress' regierten Indien geschafft, wieder die Regierung zu stellen.

Nach einer erneuten Abspaltung von 'Congress'-Dissidenten um Arjun Singh Ende Mai und den Wahlschlägen in den letzten Regionalwahlen steht der ohnehin nicht sehr populäre Narashima Rao schlechter da als jede 'Congress'-Regierung vor ihm. Vermutlich steht Indien nun eine Zeit der Koalitionsregierungen bevor. Eine solche Regierung wird ihre Wirtschaftspolitik wohl auf den bereits durchgesetzten Reformen aufbauen; ob aber weitere Liberalisierungsschritte folgen, darf vor allem im Hinblick auf die aufgeschobene Privatisierung der maroden Staatsbetriebe bezweifelt werden. Mitentscheidend hierfür wird sein, wie sich die neuen politischen Kräfte in Indien, die neuen Unternehmer, die konsumierenden Mittelschichten und die neuen Farmergruppen politisch organisieren und welche Kooperationsmuster sich zwischen ihnen, der Regierung und der Bürokratie ergeben. Die Folgen, die sich aus diesem Strukturwandel für die Politik in Indien ergeben, sind bei weitem nicht abzusehen. Wenn sich das Wachstum der "neuen" indischen Industriellen fortsetzt und sie an politischem Einfluß gewinnen, während ein starkes Wachstum die Ernte der Reformen auch für die Massen spürbar macht, ist aber auch eine Privatisierung des staatlichen Sektors nicht mehr auszuschließen.

Um zu wenig Staat muß man sich in Indien jedenfalls vorerst noch nicht sorgen. Auf der anderen Seite hat Manmohan Singh dem *laissez-faire* Kapitalismus von Anfang an eine Absage erteilt und deutlich gemacht, daß sich der indische Staat nicht ganz auf das Zuschauen beschränken, sondern nach wie vor auch aktiv in die Wirtschaft eingreifen wird. Ein abgespekter Staat könnte sich in einem marktwirtschaftlicheren Indien nicht nur auf seine "eentlichen" und wichtigeren Aufgaben (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit) besinnen, er hätte womöglich auch die Finanzen dazu.

(Marcus Lindemann studiert politische Ökonomie an der University of Essex in Colchester, England)

Literatur:

- Ahluwalia, Isher Judge (1994): *New Economic Policies. Reform of Public Sector Enterprises and Privatisation in India*. New Delhi: Centre for Policy Research, February, mimeo.
- Bardhan, Pranab (1992): *A Political - Economy Perspective on Development*. In: Jalan, Bimal (ed.): *The Indian Economy. Problem and Prospects*. New Delhi, pp. 321 - 335.
- Bardhan, Pranab (1989): *The Political Economy of Development in India*. 3. edition: Delhi (zuerst Oxford 1984).
- Basting, Bernd (1995): *Wirtschaft im Wandel: Indiens ökonomische Reformen*. In: *Südasiens 15. Jahrgang*, Nr. 1-2, S. 31 - 33.
- Bonn, Gisela (1992): *Die Schocktherapie des Dr. Singh. Interview mit Manmohan Singh*. In: *Indo-Asia* No. 4 - 1/92, S. 21 - 23.
- Economist, The (1991): *India Survey*. May 4th.
- GO (1993): *Farmer's Movement: Fighting for Liberalisation* In: *Economic and Political Weekly*, December, 11, pp. 2708 - 2710.
- Harris, John (1987): *The State in Retreat? Why has India Experienced Such Half-hearted 'Liberalisation' in the 1980s?* In: *IDS Bulletin*, vol 18, no 4, pp. 31 - 38.
- Keller, Walter (1995): *Kommentar*. In: *Südasiens 15. Jahrgang*, Nr. 1-2, S. 41.
- Kohli, Atul (1989): *Politics of Economic Liberalisation in India*. In: *World Development*, no. 3, pp. 305 - 328.
- Krueger, Anne O. (1974): *The Political Economy of the Rent-Seeking Society*. In: *American Economic Review*. 64, June, pp. 291 - 303.
- Manor, James (1987): *Tried, then Abandoned: Economic Liberalisation in India* In: *IDS Bulletin*, vol 18, no 4, pp. 39 - 44.
- Mosley, Paul; Harrigan, Jane; Toye, John (1991): *Aid and Power. The World Bank and Policy-based Lending*. Vol. 1, London and New York.
- Mueller, Dennis C. (1989): *Public Choice II*. Cambridge 1989.
- Pedersen, Jørgen Dige (1994): *Why economic liberalisation in India? State and society perspectives*. Department of Political Science, University of Århus. Paper for the IPSA XVIth World Congress, August 21 - 25.
- Schoettli, Urs (1992): *Günstigere Aussichten für Indiens Wirtschaft. Nach den Haushaltsreformen von Finanzminister Manmohan Singh*. In: *Indo-Asia*. 3.
- Singer, Hans W. (1987): In: *Journal for Development Studies*.
- Toye, John (1987): *Dilemmas of development: reflections on the counter-revolution in development theory and policy*. Oxford
- Williamson, John (ed.) (1994): *The Political Economy of Policy Reform*. Washington.
- Whitehead, Laurence (1990): *Political Explanations of Macroeconomic Management: A Survey*. In: *World Development*, Vol. 18, No. 8., pp. 1133 - 1145.